

Wirtschaft
 Dezember
 18-210; Roggen
 10-10,25; Weizenmehl 28
 10-10,25; Rog-
 11; Speiseerbsen
 10; Ackerbohnen
 11-12,50; dto.
 12,96
 0,80-1; dto.
 0,85; dto. Ger-
 0,65-0,85; Bind-
 1,20-1,40; gutes
 2,40-2,70; Thy-
 2,55; drahtgepr.
 1; befestigt.

und Schlachthof
 10, 88 Bullen,
 0) Rinder, 1676
 e.
 t:
 1. 12. 26. 11.
 Fig. Fig.
 12-16
 9-11
 34-37 34-38
 30-33 31-33
 25-28 27-29
 46-43 46-47
 44-41 44-48
 41-43 41-43
 38-40 38-40
 30-42 30-41
 fhand; Kälber
 langsam.
 12 bis
 0-7,80 M. -
 30-11,00, Rog-
 Tufflingen:
 -8,50 M.
 an den Börsen und
 mittelfristlichen Ver-

Antel
Porzellan
Calw
 (Gruppe)
 im Dezember
 ez., findet eine
 isverteilung
 orn statt.
 Erscheinen. Pf.
thorn
kelacker

ppen
 repariert
 Werkstätte
pperücken
 ark 1,60
dermatt
tricken
 Strümpfe und
 mpfe, Westen
 Pullover.
 nimmt entgegen
 anz Schönen
 burgerstraße 4.
en Mann
 haltsgärtner
 eim bei Calw
 schieht sich
 ngen von
Ruranlagen
Parks.

Erscheinungsweise:
 Täglich mit Ausnahme
 der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
 a) im Anzeigenteil:
 die Zeile 20 Goldpfennige
 b) im Reklameteil:
 die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
 kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
 kann keine Gewähr
 übernommen werden

Geschäftsstand
 für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
 In der Stadt 40 Goldpfennige
 wöchentlich mit Trägerlohn
 Post-Bezugspreis 40 Gold-
 pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
 annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Lieferung
 der Zeitung oder auf Rückzahlung
 des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
 Friedrich Hans Scheele
 Druck und Verlag
 der A. Oelschläger'schen
 Buchdruckerei

Die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen

Die Kabinetts-Beratungen zur bevorstehenden Notverordnung — Zunächst soll die Preissenkung durchgeführt werden

U. Berlin, 3. Dez. Der Reichsfinanzminister hat die Finanzminister der Länder telegraphisch zu einer Sitzung nach Berlin gebeten, die heute morgen 9 1/2 Uhr beginnt. Zweck der Sitzung ist eine Aussprache über die kommende Notverordnung.

Die Kabinetts- und Ressortberatungen über die kommende Notverordnung wurden auch am Mittwoch mit Nachdruck fortgesetzt. Das Kabinetts läßt sich bei seinen Beratungen, wie an zuständiger Stelle versichert wird, immer von dem Grundgedanken leiten, daß die Preissenkung der Gehalts- und Lohnsenkung unter allen Umständen vorausgehen habe. Die Notverordnung wird zwar sämtliche Fragengruppen enthalten, doch sollen diejenigen Punkte, die nicht unmittelbar mit der Preissenkung zusammenhängen, zeitlich später in Kraft treten. Entgegen anderslautenden Meinungen muß jedoch betont werden, daß das Kabinetts irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt hat. Die verschiedenen Entwürfe, die der Notverordnung als Grundlage dienen sollen, sind von den einzelnen Ressorts fertiggestellt worden und werden nunmehr im Kabinetts sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Der „Börsenkurier“ berichtet, daß der für die Veröffentlichung der Notverordnung ursprünglich festgesetzte Termin, der Samstag, wahrscheinlich überschritten werde. Man rechnet jetzt in Regierungskreisen mit der Veröffentlichung für die ersten Tage der nächsten Woche. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, soll man in Regierungskreisen als Termin für die neue Gehalts- und Lohnsenkung den 15. Januar ins Auge gefaßt haben, da nach der Tendenz, die gegenwärtig in den Beratungen des Kabinetts vorherrscht, der 15. Januar für die Lohn- und Preissenkung gewissermaßen zum Stichtag gemacht werden soll. Als Reichskommissar für die Preissenkung wird nach dem „Vorwärts“ der Oberpräsident a. D. von Batocki genannt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind die zwischen Reichsbahn und Reichsregierung stattfindenden Verhandlungen über etwaige Tarifermäßigungen noch nicht abgeschlossen. Sie werden in den nächsten Tagen weiter fortgesetzt. Alle angebotenen Kombinationen werden als mißig bezeichnet.

Die Sozialdemokraten heute beim Reichskanzler.

Die angekündigte neue Besprechung der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit Reichskanzler Dr. Brüning ist, wie der „Vorwärts“ berichtet, auf heute festgesetzt worden. Bei dieser Besprechung sollen nach dem Vorwärts Bericht auf weitere Lohn- und Gehaltsenkung und aktive Abwehr des Staates gegen die fiskalischen Gefahren den Hauptgegenstand bilden.

Höchstpension 12 000 Mark.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung des Pensionsfürsorgegesetzes bei den Bestimmungen über die Höchstpensionen fort. Ein Vertreter des

Reichsfinanzministeriums nahm gegen die Festsetzung einer starren Grenze von 12 000 Mark Stellung. Es sprächen dagegen staats- und beamtenpolitische Gründe. Bei einer solchen Höchstgrenze würde es schwer sein, für die leitenden Stellen, insbesondere politischer Art, erste Kräfte zu erhalten. Nach längerer Aussprache wurde ein kommunistischer Antrag, das Höchstregel auf 5000 Mark im Jahre festzusetzen und alle darüber hinausgehenden Mehrbeträge einzubehalten, abgelehnt. Dagegen nahm der Ausschuß einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach, wenn sich bei der Berechnung des Ruhegeldes ein Jahresbetrag von mehr als 12 000 Mark ergibt, der Mehrbetrag nicht zur Auszahlung kommen soll.

Die Industrie gegen die geplanten Steuererhöhungen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Nach Pressemitteilungen beabsichtigt die Reichsregierung, den bis jetzt festgestellten Fehlbetrag des Reichshaushalts 1931 unter anderem auch durch Steuererhöhungen erheblichen Ausmaßes auszugleichen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie stellt fest, daß dieses Vorgehen der Reichsregierung in einem eklatanten Widerspruch zu den Auffassungen steht, die die Reichsregierung noch bis in die jüngste Zeit hinein zum Ausdruck gebracht hat. Es ist mehrfach gerade von der Reichsregierung die Ansicht vertreten worden, daß der Wirtschaft Steuererhöhungen nicht mehr zugemutet werden können. Wenn die Reichsregierung nunmehr trotzdem im Gegensatz zu ihrer bisherigen auch von allen Wirtschaftskreisen seit langem geteilten Ansicht glaubt, die sich aus der Wirtschaftslage notwendigerweise ergebende Verringerung der Steuererträge in der Hauptfache durch Steuererhöhungen ausgleichen zu müssen, so muß die Beschreitung dieses Weges zu einem neuen Schrumpfungszustand in der Volkswirtschaft führen, der automatisch neue Fehlbeträge im Reichshaushalt erzeugt.

Weiße Kreise der Industrie befürchten insbesondere von der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer entweder eine starke Gefährdung der Senkung der Preisniveaus oder eine weitere Einschränkung der Verdienstmöglichkeiten in der Stufe der Produktion.

Ganz besonders abwegig und völlig widersinnig ist die geplante Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen von festverzinslichen Werten, die beabsichtigte Erhöhung des Steuerfußes, sowie die in Aussicht genommene Befreiung ihrer Anrechnung auf die Einkommensteuer. Eine derartige Maßnahme ertötet den Spartrieb, gefährdet die dringend notwendige Kapitalbildung auf schwerste und zerrütet insbesondere den Markt der festverzinslichen Werte noch stärker, als dies schon jetzt aus anderen Gründen der Fall ist. Sie nimmt damit allen Sparern den letzten Rest des Vertrauens. Daran wird auch nichts geändert werden, wenn, wie verlautet, geplant ist, die Kapitalertragsteuer in dieser Form nur einmal zu erheben.

Die Stillhalteverhandlungen

Geheimrat Schmitz über Vorgeschichte und Sinn.

U. Berlin, 3. Dez. Geheimrat Dr. Schmitz, Vorstandmitglied der D. G. Farben, hielt gestern abend einen Rundfunkvortrag über das Thema: Vorgeschichte und Sinn der Stillhalteverhandlungen. Er führte u. a. aus: Die Wurzel des internationalen Mißtrauens ist in der doppelten Belastung Deutschlands mit politischen und privaten Schulden zu erblicken. Die deutsche Wirtschaft hatte Ende Juli 1931 langfristige Auslandsverpflichtungen in Höhe von 11 1/2 Milliarden Rm. Dazu kamen 7 1/2 Milliarden Rm. kurzfristige Bankschulden und 630 Millionen für die Kreditkonten der Reichsbank und der Golddiskontbank. Bei den in der Öffentlichkeit genannten darüber hinausgehenden Beträgen dürfte es sich größtenteils um Zinsschulden im Rahmen des regulären internationalen Warenverkehrs handeln, denen wahrscheinlich entsprechende Gegenposten in ähnlicher Größenordnung gegenüberstehen. Die in Form von Aktien und sonstigen Beteiligungen in Deutschland angelegten ausländischen Gelder sind auf weitere 4 1/2-5 1/2 Milliarden Rm. zu beziffern. Die Aufnahme dieser Schulden war unvermeidbar, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau gleichzeitig mit jährlichen Reparationszahlungen von 1-2 1/2 Milliarden Reichsmark zu ermöglichen.

Die Tribute von zusammen 10 Milliarden Rm., der Einfuhrüberschuß von 6 Milliarden Rm. und die notwendige Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank in Höhe von 2 Milliarden Reichsmark mußten aus außerordentlichen Krediten bezahlt werden. Die

Rückzahlung der Kredite war nur durch Erhöhung des Einfuhrüberschusses möglich. Unter schwersten Krisenerscheinungen wurde so aus einem Einfuhrüberschuß in Höhe von 3 Milliarden Reichsmark im Jahre 1927 ein Einfuhrüberschuß von 1,5 Milliarden im Jahre 1930, dem ein Einfuhrüberschuß von 2,3 Milliarden allein in den ersten 10 Monaten des Jahres 1931 folgte.

Dieser mühevollen Weg, den das deutsche Volk in ehrlichem Erfüllungswillen trotz einer auf 5 Millionen Menschen anwachsenden Arbeitslosigkeit gegangen ist, droht durch zwei in der Macht des Auslandes liegende Umstände durchkreuzt zu werden: Die plötzliche Zurückziehung der ausländischen Kredite, die unserer Wirtschaft im entscheidenden Augenblick die Betriebsmittel zu entziehen droht und die Absperzung vieler für Deutschland wichtiger Länder gegen unsere Ausfuhr. Die ganze Lage macht die Konsolidierung unserer kurzfristigen Auslandsverpflichtungen erforderlich, über die sich demnächst der Stillhalteausschuß schlüssig werden muß. Welchen Weg er auch vorschlagen mag, die innige finanzielle Verflechtung, die zwischen Deutschland und seinen heutigen Gläubigerstaaten in einem Zeitraum von 8 Jahren entstanden ist, ist nicht plötzlich zu lösen.

Hoover wird nicht Präsident der Tribunkonferenz.

Die amerikanische Meldung, daß Präsident Hoover gebeten werden soll, die Präsidenschaft über die große internationale Tribunkonferenz persönlich zu übernehmen, wird von der B.Z. als falsch bezeichnet.

Tages-Spiegel

- Die Finanzminister der Länder sind für heute zu einer Konferenz im Reichsfinanzministerium nach Berlin berufen worden.
- Wie zu den Kabinettsberatungen über das Wirtschaftsprogramm verlaute, soll als nächstliegende Aufgabe die Senkung der Preise angesehen werden.
- Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat beschlossen, Höchstpensionen nur bis zu 12 000 Mark auszubehalten.
- Der ungarische Landwirtschaftsminister erklärte im Parlament u. a., es sei mit Deutschland eine Vereinbarung in Vorbereitung, um im nächsten Jahr mehreren tausend ungarischen Landarbeitern dort Arbeitsmöglichkeit zu gewährleisten.
- Der südslawische Außenminister Marinkowitsch soll in Warschau über eine engere militärische Verknüpfung Polens mit der Kleinen Entente verhandeln.
- Der Redaktionsausschuß des Völkerverbands hat sich gestern mit den Völkermächten für den künstlichen Studienausschuß befaßt, der demnächst in die Mandatschüre eingeschickt werden soll.
- Die nationalsozialistische Parteileitung hat gegen das Fortbestehen des Uniformverbots in Preußen beim Reich Einspruch erhoben.

Frankreichs Handelsverluste infolge der englischen Schutzollpolitik

Eine Milliarde Franken

U. Paris, 3. Dez. Der Exzeffior stellt am Mittwoch fest, daß die englischen Zollmaßnahmen den Warenaustausch auf schwerste bedrohten und die französische Ausfuhr nach England um etwa 20 v. H. verminderten. Die französischen Sachverständigen berechneten die Schädigung der Handelsbilanz auf etwa 1 Milliarde Franken. Davon entfielen auf Industrieerzeugnisse rund 800 Millionen, der Rest auf die landwirtschaftliche Ausfuhr. Die Londoner Verhandlungen würden zweifellos sehr schwierig sein. Man müsse wenigstens versuchen, zu erreichen, daß die englischen Schutzollmaßnahmen nur vorübergehend aufrechterhalten blieben.

Wie die Pariser Blätter zu berichten wissen, dürften die französisch-englischen Handels- und Zollverhandlungen bereits am nächsten Montag in London beginnen. Der französischen Regierung liege daran, die Verhandlungen in einem Geiste der Freundschaft und Verständigung zu führen.

Times zu der deutschen Zollnotverordnung.

In der Verordnung des Reichspräsidenten, die der Reichsregierung die Möglichkeit zu Änderungen der Zolltarife gibt, bemerkt die „Times“, etwaige deutsche Wiederevergeltungsmaßnahmen gegen die englische Zollpolitik würden Deutschland mehr als England treffen, da England zweimal so viel von Deutschland kauft, als es nach Deutschland verkauft.

Hugenberg zieht die Grenze zu Hitler

U. Berlin, 3. Dez. Die gestrigen Beratungen der deutschen nationalen Parteivertretung unter Vorsitz Eugenbergs haben in deutlicher Form eine Distanzierung der Deutschen nationalen von den Nationalsozialisten gebracht. Eugenberg hat sich zwar auch weiterhin zu den Zielen der Harzburger Tagung bekannt, hat aber gleichzeitig — was besonders kennzeichnend ist — unter stürmischer Zustimmung fast der ganzen Versammlung die Unfreundlichkeiten, die aus der nationalsozialistischen Partei in den letzten Monaten den Deutschen nationalen an den Kopf geworfen wurden, mit der Formulierung beantwortet, daß national und sozialistisch nach deutschnationaler Auffassung Gegensätze sind, und ferner hat er seinen Parteifreunden den Rat gegeben, daß sie den Nationalsozialisten gegenüber mit denselben Waffen kämpfen müssen, mit denen sie bekämpft werden, wobei er allerdings die Hoffnung betonte, daß er dann noch rechtzeitig mit Hitler Ordnung stiften könne.

Romreise Hitlers?

Auf Anfrage wird vom Braunen Haus erklärt, daß die Gerüchte über eine noch bevorstehende Romreise Hitlers unzutreffend seien. Doch sei es nicht ausgeschlossen, daß Hitler, sobald dies ihm erforderlich erscheine, sich ebenso wie nach anderen Hauptstädten auch nach Rom begeben werde. — Aus dieser Auskunft ist zu schließen, daß Hitler tatsächlich eine Romreise plant, daß aber der Zeitpunkt der Reise von der weiteren politischen Entwicklung abhängt.

Wie lange noch Verzögerung der Selbsthilfe?

Bei den internationalen Wirtschaftsverhandlungen in Genf und an anderen Plätzen ist seit Jahren von der Notwendigkeit der Wiederherstellung des Vertrauens als wichtigster Grundlage eines neuen weltwirtschaftlichen Aufstieges gesprochen worden. Man mag in diesem Zusammenhang das Wort Vertrauen schon gar nicht mehr hören, so abgepielt empfindet man diese Worte trotz der Wichtigkeit und Dringlichkeit ihres Leitmotivs. Dieses führte zu den Beschränkungen sämtlicher internationalen Wirtschafts- und Zollkonferenzen der letzten Jahre gegen alle nationalwirtschaftlichen Maßnahmen. Die gleichen Staatspolitiker, die sich — meist in Genf — zu solchen Forderungen und den dafür ausgearbeiteten Richtlinien als Väter bekannten, überboten einander zu Hause an Eindrigkeit und Geschwindigkeit in der Ausarbeitung und Verwirklichung von immer neuen handelspolitischen Abwehrmaßnahmen. Die Weltfriedens- und Weltwirtschaftsvormacht Amerika gab das kräftigste Beispiel durch eine Hochschutzzollpolitik, durch die weiteste Gebiete der Weltwirtschaft zu Gräberfeldern verwandelt wurden. Aber die weltwirtschaftlichen Flut- und Ebbevorgänge folgen dem Gesetz der Flüssigkeitsbewegung in kommunizierenden Röhren. Deshalb griff die in der Welt durch Amerikas Zollpolitik hervorgerufene Schrumpfung von Erzeugung und Verbrauch auch in der Nationalwirtschaft der Vereinigten Staaten selbst um sich. „Danke“ der Zollpolitik Hoover erreichten die USA. sehr rasch auch den Rekord an Arbeitslosigkeit.

Die völlig aus eigener Kraft lebensfähige Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beherbergt auf ihrem Riesentraum von unausgeschöpften industriellen Möglichkeiten und auf einem Siedlungsgebiet fruchtbarer Gefilde der Erde, die immer noch zu den am schwächsten bevölkerten gehören, verhältnismäßig mehr Arbeitslose als das durch den Versailler Vertrag seiner wichtigen eigenen natürlichen Hilfsmittel entblühte, von den Rohstoffgebieten der ganzen Welt künstlich abhängig gemachte, auf im großen Durchschnitt fargen landwirtschaftlichen Boden angewiesene, stark überbevölkerte Deutschland.

Wir Deutschen warten seit mehr als zwei Jahren, daß von Washington aus etwas Durchreisendes geschieht. Knappe drei Tage konnten wir im letzten Sommer sogar ernstlich hoffen, daß die amerikanische Politik um Amerikas willen unsern Warten als nicht vergeblich erweisen würde. Dann kam der Rückschlag der Pariser und Londoner Verhandlungen, aus denen in Basel nichts Neues und Erneuerndes, sondern ausdrücklich die Stabilisierung des Unerträglichen die Stillhaltung gemacht worden ist.

Das geschah, obwohl die Londoner Konferenz den Basler Ausschuss einsetzte, „um den sofortigen weiteren Kreditbedarf Deutschlands zu untersuchen und die Möglichkeiten der Um-

wandlung eines Teils der kurzfristigen Kredite in langfristige zu prüfen“. Das geschah, obwohl der Wigginsbericht von Basel ausdrücklich auf diesen Teil des Londoner Juli-Kommunikés Bezug nimmt mit den Worten: „Es ist wichtig, von Anfang an zu erkennen, daß die Lage, zu deren Untersuchung wir aufgefordert worden sind, zum Teil nur eine Phase — wenn allerdings auch eine sehr akute — eines Problems ist, welches in verschiedenem Ausmaß bei allen Ländern der Erde aufgetreten ist, und daß eine bleibende Besserung der Lage Deutschlands nicht eher zu erwarten ist, als bis die Ursachen der allgemeinen Depression beseitigt sind. (Das bezieht sich auf die berühmt-berüchtigte Wiederherstellung des Vertrauens durch Abkehr von der Versailler Gewaltpolitik, die zu der Depression geführt hat!) Auf der anderen Seite spielt Deutschland in der Weltwirtschaft eine so bedeutende Rolle, daß, solange sich die Lage in Deutschland nicht bessert, es keine allgemeine Erholung von der Depression geben kann.“

An Klarheit läßt diese Erkenntnis des Auslandes nichts zu wünschen übrig. Aber dessen Neigung, daraus die Folgerungen zu ziehen, läßt alles zu wünschen übrig. Sämtliche Heimatstaaten der unterzeichneten Persönlichkeiten verschlechterten seit dem 18. August, dem Unterzeichnungstage des Wigginsberichtes, der noch zahlreiche andere weitreichende Erkenntnisse über die Ursachen der deutschen und der Weltkrise enthält, durch politische oder wirtschaftliche Maßnahmen oder durch beides die internationalen Lebensbedingungen. Einige der maßgeblichsten in Basel vertretenen Länder richteten neue lärmende politische und wirtschaftliche Angriffsstöße sogar noch weiter unmittelbar gegen Deutschland.

Können wir angesichts dieser Weltlage überhaupt noch warten? Ist es nicht sicher, daß die nunmehr einberufenen Sonderausschüsse des Youngplans und der Stillhalterregelung zu den gleichen Erkenntnissen wie der Wigginsauschuss gelangen und dennoch keine praktische Schlussfolgerung daraus ziehen? Ist nicht ein gleichartiger Verlauf der kommenden Regierungskonferenz schon völlig sicher? Wenn man diese Fragen nicht mit einem dreifachen schmerzlichen Ja beantworten möchte, dann würden ja jene Konferenzen überhaupt nicht mehr stattfinden. Sie sind weiter nichts als ein Zeitgewinn, um die Welt an den sicheren Eintritt eines deutschen Chaoszustandes zu gewöhnen. Die Versailler Politik wird nicht preisgegeben. Lassen wir uns wenigstens in letzter Stunde auf, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen. Sie heißt: Beendigung jeder Rücksichtnahme auf das Ausland! Jeder Schritt Deutschlands nach innen und außen muß nunmehr endlich so entschieden wie möglich allein von den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands als National-, Wirtschafts- und Kulturstaat getragen werden.

Forderungen der Sozialdemokratie

Ul. Berlin, 2. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die gestern in mehrstündiger Sitzung zusammen mit dem Parteiausschuss Fragen der Parteiorganisation und der Parteitaktik behandelte, gibt über diese Beratungen einen längeren Bericht aus, der mit der Feststellung schließt, daß Reichstagsfraktion und Parteiausschuss der Partei- und Fraktionsleitung Handlungsfreiheit erteilen mit der Maßgabe, daß die Fraktion nach Bekanntwerden der neuen Notverordnung zu neuer Stellungnahme zusammentritt.

In der Sitzung sprach, wie in dem parteiamtlichen Bericht erklärt wird, der Fraktionsvorsitzende Abg. Dr. Breitscheid über die politische Gesamtlage und über die Arbeiten des Fraktionsvorstandes. Die mehrstündige Ansprache ergab völlige Einmütigkeit in der Beurteilung der überaus ernsten Lage und in der Entschlossenheit der Sozialdemokratie, den Kampf gegen Faschismus und Sozialreaktion mit dem Einsatz aller Kräfte zu führen. Der Bericht hebt weiter hervor, daß die Reichsregierung endlich mit Klarheit und Zielbewußtheit den Kampf zum Schutze der Verfassung aufnehmen und ihn allen ihren Organisations- und obersten Pflicht machen müsse. Der Erfolg der sozialdemokratischen Politik werde in Frage gestellt, wenn eine unentschiedene Haltung der Reichsregierung die Gefahren für die Aufrechterhaltung der Verfassung vergrößere und ihre Bekämpfung erschwere. Angesichts der Verschärfung der Wirtschaftskrise erneuere die Fraktion ihr Verlangen, alle Kräfte zur Überwindung der Krise einzusetzen, deren internationaler Charakter Maßnahmen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit unerlässlich mache. Dauernde Erleichterungen ausländischer Zahlungen, völlige Entlastung der Wirtschaft, solange eine ökonomische Depression herrsche, Wiederherstellung der Kreditfähigkeit und Verständigung über die Sachschutzzölle seien die Vorbedingung jeder Konjunkturbekämpfung.

In der inneren Wirtschaftspolitik fordert die Sozialdemokratie von der Regierung endlich ein Vorgehen gegen die überhöhten monopolistischen Preise. Neue Lohn- und Gehaltsenkungen, die die Wirkung der Preisfestsetzung völlig aufheben würden, lehre die Fraktion in engstem Einvernehmen mit den Gewerkschaften ab. Sie fordert von der Regierung die Erfüllung ihrer Aufgaben, das Arbeitsvertragsrecht unangefastet zu lassen, und die Durchführung des Reichstagsbeschlusses, der die Aufrechterhaltung des Tarifrechts fordert. Verminderung des Reallohnes bedeute eine neue Verschärfung der Krise. Die neue Finanzsanierung müsse sich streng auf die Anhebung der Sachbeträge in den öffentlichen Haushalten beschränken und dürfe nicht zu neuen Subventionen mißbraucht werden. Die Reichshilfe für Länder und Gemeinden sei so zu gestalten, daß ein Zusammenbruch ihrer Finanzen verhindert und die Fortsetzung der Wirtschaftserwerbslosenfürsorge gesichert werden kann. Neue Sanierungsmaßnahmen dürften nicht zu weiterem Sozialabbau führen. Es gelte jetzt auch außerhalb des Parlamentes, durch Abwehr allen Terrors und aller Einschüchterungsversuche die Grundlage zu behaupten, auf der die parlamentarischen Vertretungen ihre Aktionen durchführen können.

Das Pensionskürzungsgezet

— Berlin, 2. Dez. Der Haushaltsausschuss des Reichstags setzte die Beratung des Regierungsentwurfs über das Pensionskürzungsgezet fort. Angenommen wurde die Bestimmung des Entwurfs, nach der ein Ruhegeldempfänger, der im öffentlichen Dienst wieder verwendet wird, sein Ruhegehalt nur insoweit erhält, als das neue Einkommen hinter dem Dienstverdienst zurückbleibt, aus dem sein Ruhegehalt berechnet ist. Nach einem weiteren Ausschussbeschluss bleibt das Anrechnungseinkommen bis zu 4000 M. jährlich kürzungsfrei.

Die Bestimmungen über die Ruhegeldkürzung wurden im wesentlichen unverändert angenommen. Neu ist die Bestimmung, wonach jeder Ruhegeldempfänger, der ein Einkommen aus einer Wiederverwendung im öffentlichen Dienst oder ein Anrechnungseinkommen oder ein neues Ruhegehalt bezieht, verpflichtet ist, innerhalb eines Monats den Bezug eines solchen Einkommens, sowie spätere Erhöhungen des Einkommens anzuzeigen. Dies gilt auch für Witwen und Waisen, sowie für Versorgungsberechtigte.

Zum Kapitel „Arbeitslosigkeit“

Es klingt uns, die wir an Millionenjahren von Arbeitslosen gewohnt sind, fast wie ein Märchen, daß vor dem Krieg im Jahre 1913 nur 70 000 Arbeitslose in Deutschland gezählt wurden! Und als durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit wurden bei den Arbeitern nur 17,3, bei Angestellten 50 Tage festgestellt. Der Krieg selbst jagte die Arbeitslosigkeit fast ganz auf. Ende 1919 wurden von den Gewerkschaften 150 000 Arbeitslose gezählt. Das Jahr 1920 brachte die Arbeitslosenunterstützung und damit auch eine bessere Erfassung der Arbeitslosenziffern. Durchschnittlich waren es in diesem Jahr 362 500 Unterstützte. Ihre Zahl sank in der Inflationszeit auf 70 000 im Jahre 1922. Aber schon 1923 stieg sie auf 112 000. Von 1926 ab wurden die „Arbeitslosen“ gezählt. Während schon 1924 die Millionenziffer das erste Mal überschritten wurde (höchster Stand 1 439 000 Unterstützte), kletterte 1926 das Heer der Arbeitslosen schon über die 2. Million hinaus und zählte durchschnittlich 2 278 000. Im Jahre 1927 sank diese Zahl auf 1,5 Millionen, blieb auch 1928 auf diesem Stand, um dann 1929 wieder auf 2 Millionen anzuwachsen. Das Jahr 1930 brachte ein gewaltiges Anschwellen. Im Durchschnitt waren 3 144 000 Menschen ohne Arbeit. Und im jetzigen Jahr wurde gar ein Höchststand von 4 991 000 Arbeitslosen festgestellt, während der niedrigste Stand 1931 auf annähernd 4 Millionen blieb. Wie wird es im kommenden Winter werden? Es ist eine furchtbare Not, die unser Volk zu tragen hat, nicht bloß nach der finanziellen, sondern vor allem nach der seelischen Seite. Bei dieser Lage legt sich die Frage immer dringender nahe, was geschehen kann, um das Recht jedes Deutschen auf Arbeit zu sichern.

Endgültig reinen Tisch!

Eine Rundgebung der mitteldeutschen Wirtschaft.

— Magdeburg, 2. Dez. Auf einer wirtschaftspolitischen Rundgebung des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens sprach Geheimrat Kasl vom Reichsverband der Deutschen Industrie über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Unsere wirtschafts- und währungsrechtliche Lage könne nicht mehr isoliert betrachtet werden, vielmehr sei das deutsche Schicksal von außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Verhältnissen ebenso abhängig wie von den innerdeutschen Maßnahmen. Der gegenwärtige Umfang der internationalen kurzfristigen Verschuldung und der Verschuldung überhaupt sei auf die Dauer unerträglich. Es komme auf einen schrittweisen, unter Schonung des Wirtschaftskörpers sich vollziehenden Abbau der kurzfristigen Engagements an. Deutschland wolle selbstverständlich seinen privaten Auslandsverpflichtungen nachkommen, müsse aber verlangen, daß das Ausland nicht kurzfristig seine Forderungen liquidiere, sondern auch über den Ablauf des Stillhalteabkommens hinaus kurzfristige Kredite zur Verfügung stelle. Der jetzt in Basel zusammentretende Sonderausschuss der WZ. müsse daran anknüpfen, daß schon die Verfasser des Youngplans die mangelnde Leistungsfähigkeit Deutschlands in Rechnung gestellt haben. Unerträglich wäre es, wenn auch diesmal wieder nur ein unbefriedigendes Provisorium zustande käme. Es müsse endgültig reinen Tisch gemacht werden. Innerwirtschaftlich sei der einzig richtige Weg die Anpassung der Produktionsbedingungen an die neuen Verhältnisse. Nur durch Produktionskostensenkung könne den Auswirkungen des englischen Währungsrechts begegnet werden. Ganz entschieden abzulehnen sei dagegen eine Nachahmung des englischen Beispiels. Jedes Währungsversuch wäre ein Verbrechen am Volke. Durch eine Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik der festen Hand werde es gelingen, die Währung stabil zu halten und langsam eine neue Aufwärtsentwicklung einzuleiten.

Die Westhilfeaktion der Reichsregierung

Berlin, 2. Dez. Im Reichsernährungsministerium werden zur Zeit Maßnahmen erwogen, um der Landwirtschaft außerhalb des Osthilfegebietes Erleichterungen in ihren Schuldverhältnissen zu gewähren. In erster Linie ist an einen gewissen Vollstreckungsstopp gedacht, bei dem aber kein Zwangsakkord, wie in der Osthilfenotverordnung, sondern eine befristete Stillhaltung vorgesehen ist; auch das Zwangsverwaltungsverfahren soll vereinfacht werden. Im allgemeinen betont das Reichsernährungsministerium aber sein Bestreben, bei der Westhilfe die Gläubigerinteressen tunlichst wahrzunehmen. Der Entwurf des Ernährungsministeriums für eine Westhilfeaktion hat dem Reichskabinett bereits vorgelegen und ist schon beraten worden.

Keine Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Sowohl aus Frankreich als auch aus England kommen immer wieder Pressestimmen, die von einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz auf Ende Mai wissen wollen. An zuständiger deutscher Stelle wird hierzu erklärt, daß irgend eine Anregung in dieser Hinsicht in Berlin nicht eingegangen sei. Im übrigen halte die Reichsregierung nach wie vor an dem ursprünglich festgesetzten Termin (2. Februar 1932) fest. In den meisten Ländern seien die Vorbereitungen für diese Konferenz bereits soweit gediehen, daß eine Verschiebung undenkbar sei. Der Einwand, daß in diese Zeit auch die Tributkonferenz falle, ist nach deutscher Auffassung unerheblich. Zeitlich würde sich die Tribut- mit der Abrüstungskonferenz im übrigen nur unwesentlich überschneiden. Im übrigen sei die Bedeutung der Abrüstungskonferenz so groß, daß man sich keineswegs an technischen Schwierigkeiten stoßen dürfe.

Vor deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin
Der erste Unterausschuss des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses tritt am 15. Dezember in Berlin zusammen. Die Aufgabe dieses Unterausschusses, dem deutscher Staatssekretär von Simson, Ministerialdirektor Pöffe und Clemens Rammer angehören, besteht im wesentlichen in der Behandlung von Fragen des deutsch-französischen Handelsvertrags und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.

Stalien gegen die Kriegskriegsribute

— Mailand, 2. Dez. Mussolini's „Popolo d'Italia“ tritt in einem Leitartikel seines Außenpolitikers, Admiral Polverelli, für die Aufhebung der Kriegskriegsribute ein, wobei Italien nicht etwa vor einer Abneigung gegen Frankreich, sondern von dem Ernst der Notlage Europas sich leiten lasse. Wenn man an den Kriegskriegsribute festhalte, verurteile man nur einen neuen Zusammenbruch der Reichsmark, während der Abschluß der tragischen Kriegsbilanz die ganze Weltwirtschaft zu neuem Leben erwecken könnte. Nicht umsonst werde der Wert der von Deutschland bis jetzt gezahlten Kriegsschadigungen auf 40 Milliarden Goldmark berechnet, wovon nach englischer und amerikanischer Schätzung Frankreich ungefähr 18 Milliarden erhielt. Diese Zahlungen erklären die Erschöpfung der deutschen Hilfskräfte hinreichend. Diese Politik harter Unnachgiebigkeit gegen das am Ende seiner Kräfte angelangte Deutschland werde nur die bolschewistische Gefahr vermehren und als letzten Rettungsanker Hitler auf den Schild heben. Inmitten dieses Sturmes habe daher Mussolini in seiner Rede von Neapel zum Entgegenkommen ermahnt.

Gleichzeitig schreibt die Turiner „Stampa“, die Erfahrung habe gelehrt, daß man nicht Jahrzehnte lang einem Kulturvolk Kriegskriegsribute auferlegen könne, wenn es nicht bezahlen wolle und könne. Diese Tribute stören seit 13 Jahren das Gleichgewicht und den europäischen Frieden und haben, wenn auch „infolge des schlechten Willens der Schuldner“ (!) eine ständige revolutionäre Lage in Europa geschaffen.

Im Rahmen der Georgenäumsveranstaltungen sprach letzten Dienstag Professor Dr. Wunderlich von der Technischen Hochschule in Stuttgart in einem sehr interessanten Vortrag über den modernen Weltverkehr und seine Probleme. Der Vortragende behandelte die Entwicklung des Weltverkehrs seit den Kriegsjahren und deutete dessen Auswirkungen auf das kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben der Völker an. Ausgehend von den wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges, der in der Tat fast die gesamte Erdoberfläche in Mitleidenschaft zog, verwies Prof. Wunderlich darauf, daß neben dem negativen Ergebnis der Zerstörung der ganzen Verkehrsorganisation der letzten 50 Jahre, der Weltverkehr auch sehr viele Veränderungen positiver Art gebracht habe. Er eröffnete neue Verkehrsbeziehungen und ergab eine Fülle neuer technischer Erfindungen, so daß der Weltverkehr seit dem Kriege eine geradezu enorme Entwicklung annahm. Der Landverkehr der ganzen Erde erfuhr eine ungeheure Revolutionierung und bisher unbekannte Vereinheitlichung durch die technische Entwicklung des Kraftwagens. Mit der Vervollkommenung der Straßenbautechnik und der Anlage von Automobilstraßenwegen nicht nur in Europa und Amerika, sondern auch in Afrika, Asien und Australien erhielt der Landverkehr eine gewaltige Ausdehnung. Der Kraftwagen machte den Menschen erst eigentlich zum Beherrscher der Erde, indem er ihm die Möglichkeit gab, Urwälder, Wüsten und selbst die höchsten Gebirgsfetten planmäßig und rasch zu überwinden. Durch die gewaltige Beschleunigung des Landverkehrs schrumpft die Größe der Erde, die Völker kommen einander näher und die Schranken der Grenzen fallen. Die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen sind von unendlicher Tragweite. Gegenüber dem Kraftwagen hat die Eisenbahn ihre Rolle als Hauptverkehrsvermittler eingebüßt. Lediglich in Zentralasien (Murmambahn), in Vorderasien (Ausbau des kleinasiatischen Bahnnetzes) und in Australien (Transaustralische Bahn) sind in den Kriegsjahren noch größere Bahnbauten angeführt worden, während man in Afrika bereits eine neuzeitliche Verbindung von Eisenbahn-Kraftwagen- und Luftfahrverkehr schuf. In Europa und Amerika befindet sich der Bahnverkehr in dauerndem Rückgang. Eine ungeahnte Verkehrsentwicklung brachte ferner die Luftfahrt. Sie blieb nicht mehr an die Kontinente gebunden, sondern eroberte den Luftraum über den Weltmeeren und fast so die Erdteile zu größeren Verkehrseinheiten zusammen. Trotzdem ist der Weltverkehr infolge seines ungeheuren Güterumschlages immer noch der Hauptträger des menschlichen Verkehrs geblieben und hat durch den Krieg eine gewaltige Erweiterung erfahren. Obwohl 9500 Schiffe während des Krieges vernichtet wurden, nahm der Weltseefrachtmarkt infolge der übersteigerten Neubautätigkeit gegenüber 1914 um 40 Prozent zu. Daher die heutige schwere Krise auf dem Weltseefrachtmarkt, die zur Bildung gewaltiger Trümmis im Schiffahrtsgewerbe geführt hat. Auffallend ist der starke Rückgang der englischen Schiffahrt im Weltseefracht, eine Folge der falschen englischen Kriegsrechnung. England vernichtete mit der Vernichtung der deutschen Schiffahrt seine absolute Seeherrschaft für immer zu festigen, mußte aber erleben, daß ihm in Amerika und Japan weit gefährlichere neue Konkurrenten erwuchsen, und daß die deutsche Schiffahrt sich in glänzender Leistung wieder an die vierte Stelle im Weltseefracht emporarbeitete. Durch den Krieg erfuhren die Wege des Seeverkehrs eine Umstellung. Der alte Hauptverkehrsweg über den Atlantik verödet, während im Indischen Ozean und im Pazifischen Ozean sich infolge der Erdbeben vorwiegend in Mosul und des Wirtschaftsaufschwungs Japans der Verkehr stark belebt hat. Von Bedeutung sind auch die technischen Neuerungen im Schiffbau. Segelschiffe und Dampfer müssen den schnelleren Oel- und Motorschiffen das Feld räumen. Der Siegeslauf des Erdbois wirkt sich also auch hier aus und gibt Schiffen und Hafenanlagen einen neuen Charakter. Die Zeit nach dem Weltkriege, so fasste der Vortragende seine Ausführungen zusammen, hat im Verkehrswesen eine ungeheure Fülle von Veränderungen gebracht, deren letzte Auswirkungen wir heute noch nicht zu übersehen vermögen. Neue Formen im Zusammenwirken der Verkehrsmittel bahnen sich an, und die Entfernungen der Erde werden immer geringer. „Graf Zeppelin“ umflog die Welt in 8 1/2 Tagen, die Stratosphärenflugzeuge sollen dieselbe Leistung einmal in zwei Tagen vollbringen. Ob die Menschheit dabei glücklicher werden wird, ist fraglich! Wir müssen, als in einer Zeit der Entwicklung Lebende, die letzte Lösung dieser Probleme unseren Kindern und Enkeln überlassen. Leider Beifall lohnte die fesselnden Ausführungen, die überdies von einer Reihe anschaulicher und schöner Lichtbilder begleitet waren.

Aus den Parteien.

N S D A P.-Versammlung in Hirsau.

In einer von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einberufenen Versammlung zeigte Bürgermeister Dirr von Stammheim mit sehr ernsten, eindringlichen Worten, wie aus der jehigen Not des ganzen Volkes mit seinen unaufhörlich wachsenden Lasten die Not der einzelnen Gemeinden entspringt, wie darum die von der Partei geforderte selbstlose Bemühung der neuwählenden Gemeinderäte im Kampf gegen die Notlage der Gemeinden und ihrer Bürger auch ein Kampf für unser ganzes Volk und Vaterland ist. Im einzelnen wird gefordert neben dem Schutz des redlich erworbenen Privateigentums Kürzung all der übermäßig hohen Spitzgehälter, nicht der bescheidenen Gehälter der unteren Angestellten, Schutz des gewerblichen Mittelstandes in den Gemeinden durch Kampf gegen Konsumvereine und Warenhäuser, Schutz der deutschen Erzeugnisse durch Ausschließung fremder Genussmittel, auch fremden Holzes aus den Gemeinden, Schutz und Erziehung der deutschen Jugend. Ein kräftiger Ruf nicht nur zur Zustimmung, sondern zur Mitarbeit schloß die wertvolle Versammlung.

Das Feinach, 2. Dez. Für die am 6. Dezember stattfindende Gemeinderatswahl ist nur ein einziger Wahlvorschlag eingegangen, und zwar von den Nationalsozialisten. Die Wahl wird sich hier also kurz abspielen!

Zwerenberg, 2. Dez. Eine schöne Adventsfeier, die sich zu einem kleinen Konzert gestaltete, wurde am Sonntag nachmittags in unserer Kirche abgehalten. Mitgewirkt haben Organist Kübler aus Stuttgart, Pfarrer Schmelzle aus Neuweiler und der hiesige Kirchenchor. Die beiden Herrn, Kübler (Orgel) und Schmelzle (Violine), haben in ihrer Musik feines Talent verraten und die Herzen der Zuhörer mit den Melodien der Sonaten von Händel und Bach zur Stille der Adventszeit hingezogen.

St. Willibrod, 2. Dez. Das Anwesen von J. Kirchlechner ging um den Preis von 40 000 Mark an Alfred Gauthier über.

Herrenberg, 2. Dez. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde ein Holzhauserafford über 2000 Festm. Langholz abgeschlossen. Eine große Zahl von Interessenten war zur Veraffordierung erschienen. Dabei ging der ganze Afford um das Ausbot an den Mann. Zugrunde gelegt wurden die vom Fortverband Tübingen bestimmten Löhne (Normallohn 50 Pfg.). Der Afford wurde vom Gemeinderat genehmigt.

Grömbach, 2. Dez. Anlässlich einer von der Behörde vorgenommenen Grenzfeststellung kam es im Wald zwischen zwei Waldbesitzern aus Garweiler infolge alter Grenzstreitigkeiten zu heftigen Auseinandersetzungen, die in Tätlichkeiten ausarteten, wobei die eine Partei sich dazu hinreißen ließ, von dem Waldbesitz Gebrauch zu machen. Einer der Garweiler Waldbesitzer erhielt eine schwere Verletzung. Verletzt wurde auch der hiesige Bürgermeister, der mannhaft dazwischen sprang und die Streitenden auseinanderbringen wollte. Nun hat die Staatsanwaltschaft die Sache in der Hand.

St. Baierbrunn, D.-A. Freudenstadt, 2. Dez. Laut Württ. Kriegszeitung hat das Präsidium des Württ. Kriegerbundes beschlossen, soweit es die Mittel erlauben, seinen Mitgliedern und deren Söhnen wertvolle Hilfe zu leisten. Es ist zu diesem Zweck beabsichtigt, gemeinnützige Arbeiten (Wegebauten) in Baierbrunn auf Grund der Verordnung über freiwilligen Arbeitsdienst in Verbindung mit dem Schwäbischen Heimatwerk ausführen zu lassen und die Mitglieder des Bundes und deren Söhne, soweit sie das 25. Lebensjahr nicht überschritten haben, hierzu aufzuordern. Die Dauer der Arbeit beträgt im ganzen etwa 8 Wochen. Eine erste Gruppe arbeitet vom 9. Dezember 1931 bis zum Eintritt von Frostwetter, eine zweite Gruppe im Frühjahr 1932 nach Eintritt von Tauwetter. In jeder Gruppe können 30 Personen zugelassen werden, darunter 10 Erwerbslose, 10 Ausgesteuerte und 10 Jugendliche vom 17. bis 21. Lebensjahr.

St. Stuttgart, 2. Dez. Nach einem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ teilte in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses des württembergischen Landtags Kultminister Dr. Vazille mit, daß es nötig sein werde, die Klassenschilderzahl an sämtlichen Schulgattungen soweit zu erhöhen, daß am 1. April 1932 etwa 300 Lehrer insgesamt abgebaut werden können.

St. Stuttgart, 2. Dez. Am Mittwoch vormittag wurde in Feuerbach von einem Spaziergänger im Wald an der Straße Feuerbach-Botnang unweit der Wirtschaft „Im schönsten Wiesengrund“ die Leiche eines Knaben aufgefunden. Am den Hals der Leiche war mehrfach ein 67 cm langer und 1,72 cm breiter Lederriemen geschnitten und festgebunden. Der Tod ist zweifellos durch Ersticken eingetreten. Ob ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, ist z. Z.

mit Sicherheit noch nicht ermittelt. Die Persönlichkeit des Knaben ist noch nicht festgestellt. Er ist etwa 15 Jahre alt. St. Stuttgart, 2. Dez. Vor dem Großen Schöffengericht hatten sich mehrere Angeklagte wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Es handelt sich dabei um Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Linksstehenden in Neuhausen a. F. am 12. Januar d. J. Das Urteil lautete für 7 Angeklagte auf Freispruch, für 6 Angeklagte wegen Aufbaus auf 30 Mark Geldstrafe und für 3 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs auf 3 Monate Gefängnis. Die beiden Hauptangeklagten, zwei Brüder von Neuhausen a. F., wurden wegen erschwerter Landfriedensbruchs zu 6 Monaten 15 Tagen und 6 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

St. Stuttgart, 2. Dez. Auf Grund des Gesetzes über die Aufhebung der Amtsgerichte Spaichingen und Welzheim hat das Staatsministerium durch eine Verordnung, die im Regierungsblatt veröffentlicht wird, die Gemeinden des Oberamtsbezirks Spaichingen hinsichtlich der Gerichtszuständigkeit den Amtsgerichten Tübingen, Balingen und Nottulden, die Gemeinden des Oberamtsbezirks Welzheim den Amtsgerichten Göppingen, Badnang, Omünd und Schorndorf zugeteilt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

E. C. Berliner Produktentwürfe vom 2. Dezember. Weizen, märkischer 220-223; Futterweizen 205-207; Roggen, märkischer 199-201; Braugerste 110-117; Futtergerste 155-159; Hafer, märkischer 142-147; Weizenmehl 28-32; Roggenmehl 27,25-29,25; Weizenkleie 10-10,25; Roggenkleie 10,50-11; Viktoriaerbsen 23-30; kleine Speiserbsen 25-28; Futtererbsen 17-20; Felsrüben 17-19; Ackerbohnen 16,50 bis 18; Wicken 17-20; Lupinen, blaue 11-12,50; Lupinen, gelbe 13-15; Leinfüßen 13-20; Erdnufüßen 12,80-13; Erdnufüßenmehl 12,80-13; Trossenschnebel 6,10-6,20; Soyajahrot 11. Allgemeine Tendenz: Schwächer.

Fruchtpreise. Erolzheim: Kernen 13, Dinkel 9, Weizen 12, Roggen 10, Hafer 7-8, Gerste 8,50-9,20 M. - Vorkirch: Weizen 11 bis 11,50, Gerste 8-10, Hafer 8 M. - Walbsee: Gerste 8,80 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Grobhandelspreisen gemessen werden, da für diese noch die lokalen Zuschläge in Betracht kommen. Die Statistik.

Büchertisch

Prof. Dr. E. Wunderlich: Der württ. Schwarzwald im Kartenbild. Verlag: Fleißhauer und Sp. Stuttgart.

Die stättliche Anzahl von über 30 Veröffentlichungen des Geographischen Seminars der Technischen Hochschule Stuttgart hat unter der rührigen Leitung seines Vorstandes, Professor Dr. E. Wunderlich, diesen Sommer eine wertvolle Bereicherung erfahren durch den Doppelband: Der württ. Schwarzwald im Kartenbild, der selbst in der 3. Teil einer Reihe: Württemberg im Kartenbild besteht. Es handelt sich hierbei um Erläuterungen der einzelnen württ. Blätter der Reichskarte 1:100 000, die, wie das Vorwort erwähnt, dazu dienen sollen, die reichen Schätze der durch die Topograph. Abteilung des Württ. Sta. lichen Landesamt herausgegebenen Kartenblätter 1:100 000, sowie die im Maßstab 1:50 000 und 1:25 000 abgefaßten württ. Kartentwerke der geographischen Betrachtung mehr als bisher zu erschließen. Der vorliegende Band umfaßt eine geograph. Gesamtcharakteristik von 8 Blättern der Reichskarte 1:100 000 und bietet eine geschlossene Uebersicht über die in den Karten von Tübingen bis Pforzheim und westlich bis in die bairischen Gebiete Waldkirch, Offenburg und Bühl hinüberragenden Landschaften und ihre geograph. wichtigen Erscheinungen. Der Anhang weist eine Verteilung der charakteristischen Landschaftsformen und der bedeutenden geograph. Erscheinungen auf die einzelnen Blätter nach, auch ein vollständiges Karten- und Reliefverzeichnis des ganzen Gebiets fehlt nicht. Wer die entsprechenden Kartenblätter zur Hand hat und auf Grund von Wanderungen oder eingehenden Studien mit dem Landschaftsbild vertraut ist, dem wird die Vektüre des Textes eine Menge fruchtbarer Gesichtspunkte und neuer Anregungen verschaffen. Ebenso bieten die vorzüglichen Erläuterungen der einzelnen Blätter ein geeignetes Mittel zur Vorbereitung von Wanderungen. Die für den württ. Schwarzwald charakteristischen vielbesuchten Gebiete der Blätter Freudenstadt, Calw und Pforzheim sind besonders eingehend gewürdigt. Der Lehrer, der seiner Klasse ein Stück Heimat zu erschließen beabsichtigt, hat hier den gegebenen Führer zur Vorbereitung auf seine Fahrt. Aber auch weiteren geographisch interessierten Kreisen sei das Buch bestens empfohlen, zumal für den württ. Schwarzwald ein geographischer Führer noch nicht vorhanden ist. Ms.

Georg. Buchhandlung Carl Spambalg Calw Fernsprecher 189 empfiehlt Gesang-, Andachts- und Predigtbücher, Bibeln Kalender und Losungsbüchlein reiche Auswahl in der gesamten guten Literatur Jugendbücher und -Schriften, Bilderbücher Spiele, Krippen und Transparente Wandsprüche, Bilder gerahmt und ungerahmt Photo- und Schreibalben, Schreibmappen Briefpapiere, Füllfederhalter Musikinstrumente und Zubehörteile.

Althengstett/Calw, 2. Dezember 1931. Unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante Julie Ade In tiefer Trauer: Anna Ade, Althengstett, Emil Ade mit Frau, Calw. Beerdigung Freitag nachmittag 1 Uhr.

Kaffee-Werbe-Tage Jeder Kunde erhält beim Einkauf von 1/2 Pfd. Kaffee 1 hübsche Tasse Kaffee das Pfund 2.-, 2.40, 2.80, 3.20 3.60 Hamburger Kaffee-Lager Fritz Mönch Niederlage Thams & Carl's Schön möbl. Zimmer jederzeit (Bahnhofsnahe) zu vermieten. Auskunft: Badstr. 35 III. Anstricken sämtlicher Strümpfe und Sportstrümpfe, Westen und Pullover. Aufträge nimmt entgegen Franz Schoenen Altbürgerstraße 4.

Zur Gemeinderatswahl!

Wie kann ich wählen?

1. Der Wahlzettel kann unabgeändert in die Wahlurne geworfen werden.
2. Es können aber auch von anderen amtlich zugelassenen Wahlvorschlägen Namen herübergenommen werden (panaschieren).
3. Endlich ist es möglich, einzelnen Kandidaten mehrere Stimmen u. zwar bis zu 3 zu geben (kumulieren oder häufen). Hierfür ein Beispiel an Hand unserer beiden Wahlvorschläge:

Bürgerverband, Wahlgruppe I	
Albert	
Berthold	
Christoph	
Daniel	
Eugen	
Friedrich	
Georg	
Hans	
Ignaz	
Karl	

Bürgerverband, Wahlgruppe II	
Leonbard	
Martin	
Norbert	
Otto	
Paul	
Robert	
Sebastian	
Theodor	
Ulrich	
Valentin	

Angenommen, ein Wähler möchte die Kandidaten Eugen und Georg von Wahlgruppe I sowie Otto, Robert und Valentin von Wahlgruppe II wählen, den ersten beiden je 3 Stimmen, dem dritten 2 Stimmen und dem vierten und fünften je 1 Stimme geben, so muß der Zettel folgendermaßen aussehen:

Bürgerverband, Wahlgruppe I	
Albert	
Berthold	
Christoph	
Daniel	
3 Eugen	
3 Georg	
Hans	
Ignaz	
Karl	
2 Otto	
1 Robert	
1 Valentin	

Beim Kumulieren oder Häufen der Stimmen genügt es also nicht, die Häufungszahl vor oder hinter die betreffenden Namen zu schreiben, sondern es müssen außerdem entsprechend viele andere Namen durchgestrichen werden, weil sonst jeder nicht durchgestrichene Name, von oben angefangen, mitgezählt wird, dafür aber alle diejenigen Namen oder Stimmen, welche die Zahl 10 überschreiten, vom Wahlleiter unten weggestrichen werden müssen.

Beim Herübernehmen von Namen aus anderen Wahlvorschlägen (panaschieren) ist besonders darauf zu achten, daß der volle Name samt Beruf, so wie er auf dem amtlich zugelassenen Zettel steht, anzugeben ist, da im Zweifelsfall der betreffende Name ungültig ist.

Der Gebrauch von Namen, die auf keinem amtlich anerkannten Wahlvorschlag stehen, ist unzulässig.

Der Bürgerverband

Amtl. Bekanntmachungen Calw — Notküche

Der Betrieb der im Hintergebäude der Polizeiwache eingerichteten Notküche wird am Freitag, den 4. Dez. 1931, ausgenommen und es wird an diesem Tag erstmals Mittagessen abgegeben.

Zur Empfangnahme einer Essensportion (1 Liter) berechnen sich nur Gutscheine, die gegen Zahlung eines Preises von 20 Pf. für jede Essensportion täglich in der Polizeiwache abgegeben werden. Die gelösten Gutscheine berechnen sich jeweils zum Essenempfang am nächsten Tag und sind bei der Empfangnahme der Speisen abzugeben.

Zur Empfangnahme der Speisen sind geeignete Töpfe mitzubringen.

Essenausgabe täglich von 12 Uhr bis 1 Uhr. Wenn auch die Einrichtung zunächst nur für Erwerbslose gedacht war, so werden doch bis auf Weiteres auch sonstige Bedürftige zur Teilnahme zugelassen.

Den 2. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt: G ö h n e r.

Sparen heißt nicht immer

— daß bei sinkenden Ausgaben die Einnahmen gleichbleibend sein müssen! In der Werbung zu sparen, bedeutet Rückgang der Umsätze. Sie haben noch eine gute Verkaufszeit vor sich, sparen Sie also nicht mit den Anzeigen für die

Tagesszeitung, im

Calwer Tagblatt

Jeden Donnerstag ganz frisch
Ia Speisequark 1/2 Pfund nur 20 Pfg.

Jeden Freitag ganz frisch

ff. Schlagrahm 1/4 Ltr. nur 45 Pfg.

Ia Kaffeerahm 1/4 Ltr. nur 30 Pfg.

beides aus bester Allg. Milch hergestellt, daher besonders fett u. wohlschmeckend

Käse-Baur G. m. b. H.



Geben Sie doch

größere Anzeigen, welche für die Freitags- und die Samstagsnummer vorgesehen sind, tags zuvor auf.

Los 97

hat noch gewonnen. Man bittet, den Gewinn abzuholen bei Frau Wieland, Alte Apotheke.

Ortsgruppe des Evang. Volksbundes.

Neuhengstett.

Im Wege der

Zwangsvollstreckung

verleihere ich am Freitag, den 4. ds. Mts. vorm. 11 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Sofa plüsch fast neu, 1 Kind zka. 10 Monate alt.

Zusammenkunft b. Rathaus. Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Keillich

Frisch eingetroffen

Schellfische

Fischfilet

z. billigsten Tagespreis.

Neue holl. Salzheringe

(Müchner)

treffen Donnerstag bis Freitag wieder ein.

Schreibmaschinen-Arbeiten

Vielfältigung von Manuskripten usw.; preiswert.

E. Vienert

Calw, Badstraße 35.

Hausteil

in sommerlich. Lage u. bestem baulichen Zustand m. eingeb. Backofen, für Handwerk u. Privatlich gleich geeignet, umständehalber günstig zu verkaufen. Man wende sich an

Reichert an der Brück

Haarzöpfe

von Mk. 4.— an

Haararbeiten

jeder Art fertigt

Friseur Odermatt.

Fischreusen

stets vorrätig, alte werden prompt und billig repariert.

G. Bauer, Schlosserei

Erntmühl

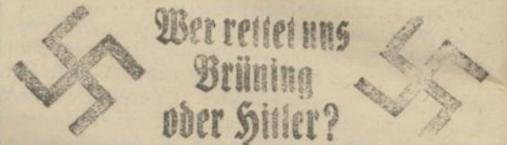
Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen



Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim



hierüber spricht am Samstag, den 5. Dezember 1931 abends 8 Uhr im Bad. Hof in Calw

Reichstagsabgeordneter

Gauleiter Bürkel, Neustadt/Hardt

Anschließend öffentliche Aussprache und Erwidern auf die im Wahlkampf gegen die N. S. D. A. P. gemachten Angriffe.

Unkostenbeitrag 30 Pf., Erwerbslose gegen Ausweis die Hälfte N. S. D. A. P. Ortsgruppe Calw.

Öffentliche Versammlung

Am Freitag, den 4. Dezemb. 1931, abends 8 Uhr spricht im Weißischen Saal in der Badstraße in Calw

Lic. Pfarrer Schmidt, M. d. N.

aus Bochum, über das Thema:

„Der Volksdienst in der Front der nationalen Aktion“.

Jedermann ist herzlich eingeladen. Freie Aussprache. Keine Restauration.

Christlich sozialer Volksdienst Ortsgruppe Calw.

Wiener Operette Krasensky in Calw

Badischer Hof

Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr

DER FIDELE BAUER

Operette in 3 Akten von Leo Fall

Vorverkauf: Buchhandlg. Häussler

Preise: RM. 2.—, 1.50, 1.—



Gesangverein „Concordia“ Calw.

Wohltätigkeits-Konzert

(vom Südd. Rundfunk übertragen)

am Samstag, 19. Dezember, abends 7:30 Uhr

im Badischen Hof

Lieder- und Orchester-Vorträge

Eintrittspreise 50 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

Der Reinertrag ist restlos für wohltätige Zwecke und die Calwer Notküche bestimmt.

Am Samstag und Sonntag halte ich

Mehlsuppe

und lade hiezu freundlichst ein

Karl Waidelich zum „Röfle“

EIER-TEIGWAREN

bei 1 Pid. bei 5 Pid. bei 10 Pid.

I. Qual. Pid. 70 Pfg. Pid. 65 Pfg. Pid. 62 Pfg.

II. Qual. „ 50 „ „ 47 „ „ 45 „

Hermann Schnürle
Eiertelwaren-Geschäft + Telefon 293